

Medieninformation 2/10

Weiterentwicklung des Straßenausbaubeitragsrechts - Neuer Gesetzentwurf soll im Herbst 2010 vorliegen

„Die Landesregierung will die kommunalen Spitzenverbände und Bürgerinitiativen bei der Weiterentwicklung des Straßenausbaubeitragsrechts intensiv einbeziehen.“ Dies erklärte Innenminister Prof. Dr. Peter M. Huber heute im Rahmen der Regierungsmedienkonferenz in Erfurt. „Das Gutachten von Professor Michael Brenner zur Weiterentwicklung des Straßenausbaubeitragsrechts kann auf der [Homepage des Innenministeriums](#) eingesehen werden und ist somit für jedermann zugänglich“, betonte der Minister. „Am Freitag werde ich den Innenausschuss des Landtags über das Gutachten informieren“, kündigte Huber an. Darüber hinaus sei das Gutachten an die kommunalen Spitzenverbände, an die Bürgerinitiativen, sowie an die Handwerks- und Industrie- und Handelskammern mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 31. März 2010 versendet worden.

Zum weiteren Vorgehen erklärte der Innenminister, dass sich Ende März 2010 unter Führung des Innenministeriums eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung oberster Landesbehörden und von Professor Brenner konstituieren werde, um im Zeitraum April/Mai eine Bewertung der eingegangenen Stellungnahmen vorzunehmen. Daran anschließend werden mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit den Koalitionsfraktionen die möglichen Lösungsansätze diskutiert. Im Sommer dieses Jahres soll schließlich der Referentenentwurf ausgearbeitet werden, damit sich das Kabinett im Herbst damit befassen könne. Als inhaltliche Zielsetzung dafür gelte die im Koalitionsvertrag getroffene Festlegung, wonach das neue Straßenausbaubeitragsrecht bürgerfreundlich, juristisch einwandfrei und für das Land finanzierbar sein müsse, bekräftigte der Minister.

„Bezüglich der Rechtsaufsichtsbehörden hat das Kabinett heute beschlossen, dass bis zu einer abschließenden Entscheidung der Landesregierung über eine Gesetzesinitiative kommunalaufsichtliche Eingriffe gegenüber den betroffenen Gemeinden zum Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung unterbleiben sollen“, sagte der Innenminister und kündigte einen entsprechenden Erlass des Innenministeriums dazu an.

19.01.2010



Thüringer Innenministerium
Der Pressesprecher

<http://www.thueringen.de/de/tim/aktuell/presse/44825/>

Seite erzeugt am: 19.01.2010, 13:35

Seite geändert am: 19.01.2010, 13:47